

An die

- Delegierten, beratenden Mitglieder und
- Gäste des UB-Parteitages

Duisburg, 30. April 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Anlage erhaltet ihr die Beratungsunterlagen zum UB-Parteitag am 29.5. im Steinhof.

Hier noch einige ergänzende Informationen zu den Anträgen:

Der Antrag A 1 wurde von den JUSOS fristgerecht eingereicht. Zwischenzeitlich wurde aber eine vollständig veränderte Fassung angekündigt, die wir euch nachreichen werden. Auf den Versand der Ursprungsfassung haben wir vor diesem Hintergrund verzichtet.

Der Antragsteller A 2 hat mitgeteilt, dass er dem Überweisungsvorschlag an das Themenlabor Staatsfinanzen zustimmt.

Zum Antrag A 5 ist ebenfalls eine veränderte Fassung des Antragstellers angekündigt.

Die Änderungsvorschläge zum Antrag A 6 werden vom Antragsteller übernommen.

Außerdem erhaltet ihr eine Neufassung des Saalplanes. Bei der mit der Einladung versandten Fassung waren Zeilen verrutscht, so dass die Platzierung einiger Ortsvereine nicht sichtbar war. Wir bitten das zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Lorenz
Geschäftsführer

Bitte wenden !

Bühne

Bergheim 10
Rheinhausen Mitte 18

Friemersheim 10
Wanheimerort 8
Röttgersbach 8

Neuenkamp/Kaßlerfeld 5
Neudorf 12
Rumeln-Kaldenhausen 10

Wanheim 8 - Bissingheim 4
Huckingen 6 - Ungelsheim 4
Wedau 4

Schmidthorst/Neumühl 9
Marxloh/Fahrn 7
Meiderich 13

Presse
Vorstand

Großenbaum 15
Buchholz 11

AfA

Laar / Beeckerwerth 5
Obermeiderich 5
Bruckhausen 5
Althamborn/Obermarxloh 9

Duisern 10
Hochfeld Nord / Hochfeld Süd 8
Stadtmitte 9

Gäste

Walsum 23

Baerl 3 - Beeck 3
Ruhrort 4
Homberg 14

Gäste

Büro

Tischblock je 28 Plätze
Bühne 8 Plätze
Bürotisch 10 Plätze



SPD Duisburg

UB-Parteitag am 29.05.2015

UB-Parteitag

Personalvorschläge zu

1.2	Präsidium	Gisela Walsken	UBV
		Benedikt Falszewski	UBV
		Frank Börner	UBV
		Stefan Reinschmidt	OV Friemersheim
		Martina Herrmann	OV Röttgersbach
		Sarah Philipp	Schriftführung

1.4 Wahl- und Mandatsprüfungskommission

OV Homberg	Pascal Ailbout
	Frank Kisek
OV Walsum	Stefan Krause
	Christian Schöne
OV Bergheim	Herbert Hingsen
	Jörg Schormann
OV Baerl	Hans-Gerd Bosch
OV Wedau	

Betreuer/in UB-Büro: Ilonka Frese

Gesamtbetreuung : Joachim Franz

Sprecher der Wahl- und Mandatsprüfungskommissionen : Daniel Pfitzner

3. Anträge

Nr.	Thema	Empfehlung UBV/UBA
A1	Ehrenamtskarte	Keine Empfehlung wg. angekündigter Neufassung
A2	SPD Duisburg-Schutz suchende Menschen sind in Duisburg herzlich willkommen	Annahme
A3	Gesetz zur Neuregelung der Gewerbsteuer & Einführung einer kommunalen Infrastrukturabgabe	Überweisung an das Themenlabor Staatsfinanzen
A 4	Kuppelgaskraftwerke vom nationalen Klimabeitrag ausnehmen	Annahme
A 5	Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung	Ablehnung
A6	Die Entscheidungsprozesse zu den Handelsabkommen TTIP – TiSA –CETA transparent und demokratisch gestalten	Annahme mit folgender Änderung: Zeile 12 Streichung der Wörter „im Deutschen Bundestag“ Adressat wird erweitert: SPE Fraktion EP

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	UBV
ADRESSAT	
BETREFF	SPD Duisburg – Schutz suchende Menschen sind in Duisburg willkommen

1 SPD Duisburg – Schutz suchende Menschen sind in Duisburg willkommen

2
3 Die Duisburger SPD steht für ein weltoffenes, tolerantes und buntes Duisburg. Menschen
4 vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause.

5 Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind die Grundwerte, die unser
6 Zusammenleben tragen. Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft gehört
7 zur Geschichte unserer Stadt und wird ihre Zukunft sein. Wir setzen uns entschlossen für
8 Menschenwürde und Freiheit ein – Grundrechte, die durch das Grundgesetz der
9 Bundesrepublik Deutschland geschützt sind.

10 Dazu zählt auch das Grundrecht auf Asyl und Hilfe für Menschen, die in ihrer Heimat
11 verfolgt werden und um ihr Leben fürchten müssen. Wir stellen uns insbesondere vor
12 dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte dieser humanitären Verantwortung.

13 Für uns steht deshalb außer Frage, dass Schutz Suchende in Duisburg aufgenommen
14 und betreut werden.

15 Viele Menschen in unserer Stadt sehen das genauso und haben in den letzten Jahren
16 und Monaten ein eindrucksvolles und kraftvolles Zeichen für diese
17 Verantwortungsübernahme gezeigt: Sei es durch direkte Hilfe für die Betroffenen oder
18 durch Beteiligung an Demonstrationen für ein Miteinander und gegen
19 Fremdenfeindlichkeit. Darauf können wir stolz sein. Allen diesen Menschen danken wir
20 und bitten sie zugleich, ihr Engagement fortzuführen. Ebenso danken wir der
21 Stadtverwaltung für ihre engagierte Arbeit, den Schutz Suchenden zu helfen.

22 Gleichwohl stellen die weiterhin steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern
23 unsere Stadt ohne Zweifel vor große Herausforderungen. Die finanziellen Belastungen
24 der Stadt durch die Aufnahme und die Unterbringung der Asylsuchenden sind groß.
25 Duisburg darf mit den Kosten nicht alleine gelassen werden.

26
27 Wir werben für Toleranz, Offenheit, Respekt und ein friedliches Zusammenleben aller
28 Menschen in Duisburg - 365 Tage im Jahr.

31 Die SPD Duisburg

32
33 begrüßt das engagierte Handeln der Stadtverwaltung, unter den schwierigen
34 Rahmenbedingungen Hilfen für Schutz Suchende zu leisten:

- 35
36 • *Die Stadt stellt Unterkünfte in Form von Übergangsheimen und Wohnungen*
37 *zur Verfügung.*

- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- *Es werden zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten und weitere Seiteneinsteigerklassen in Duisburger Schulen geschaffen.*
 - *Verwaltung und Stadtgesellschaft arbeiten gemeinsam daran, sportliche, kulturelle und soziale Angebote in der Stadt für Flüchtlinge und Asylbewerber zugänglich zu machen.*
 - *Die Stadt übernimmt einen Großteil der Gesamtkosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Für viele untergebrachte Flüchtlinge – unter anderem Asyl-Folgeantragssteller, Duldungsinhaber und Personen mit Aufenthaltserlaubnissen – trägt die Stadt sämtliche Hilfeleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die vollständigen Kosten für die Unterbringung. Für alle anderen Asylantragssteller erhält die Stadt die pauschalen Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.*
 - *Die Verwaltung arbeitet eng mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien zusammen. Durch die Einbeziehung der Stadtgesellschaft und der unmittelbaren Nachbarschaft konnten sich Ängste und Sorgen der Bevölkerung in eine Welle der Hilfsbereitschaft und ein friedliches Miteinander umwandeln lassen.*

56

57

58 Die SPD Duisburg

59

60 begrüßt die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels NRW und das schnelle Handeln der

61 Landesregierung:

- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- *Die Pauschale für die Kommunen wird von 143 Millionen auf 183 Millionen Euro erhöht. Das Land richtet einen Härtefallfonds für Krankheitskosten ein und verbessert die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen.*
 - *Das Land verdoppelt die Zuweisungen für die soziale und individuelle Beratung von Flüchtlingen. Sie werden um 3,5 Millionen Euro auf 7 Millionen Euro erhöht.*
 - *Das Land wird bis zum Jahresende 1.800 zusätzliche Plätze in zentralen Landeseinrichtungen für Flüchtlinge schaffen. Die Kapazitäten werden perspektivisch auf 10.000 Plätze ausgebaut. Die Mittel für die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes werden um 13,2 Millionen Euro erhöht.*
 - *Das Land investiert zudem in Bildungs- und Unterstützungsangebote für junge Flüchtlinge: u.a. werden 300 zusätzliche Lehrerstellen für die Sprachförderung (14,2 Millionen Euro) und 2.600 zusätzliche Plätze in Schulen mit einem offenen Ganztagsangebot bereitgestellt (3,8 Millionen Euro).*
 - *Die Kommunen erhalten außerdem 6 Millionen Euro, um traumatisierten Mädchen und Jungen aus Flüchtlingsfamilien zu helfen. Für sie soll es besondere Angebote innerhalb des Kita-Systems geben.*

82

83 Die SPD Duisburg

84

85 begrüßt die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Flüchtlingspolitik:

- 86
- 87
- 88
- *Der Bund unterstützt die Kommunen 2015 mit zusätzlich 500 Millionen Euro und will für 2016 weitere 500 Millionen Euro bereitstellen.*

- 89 • *Das Asylbewerberleistungsgesetz sichert ein menschenwürdiges*
90 *Existenzminimum. Endlich gilt nach 3 Monaten der Grundsatz: Geld- statt*
91 *Sachleistungen und ein Ende der Residenzpflicht. Flüchtlinge können sich*
92 *künftig freier bewegen und nach 3 Monaten (bisher 9 bzw. 12 Monaten)*
93 *eine Arbeit aufnehmen. Die Nothelferregelung ist ein wichtiger Schritt für*
94 *eine bessere medizinische Versorgung von AsylbewerberInnen. Alle Kinder*
95 *haben zudem ab dem ersten Tag Anspruch auf das Bildungs- und*
96 *Teilhabe paket.*
- 97 • *Um angesichts steigender Asylantragszahlen zügige Verfahren für alle*
98 *Antragssteller zu sichern, gibt es insgesamt 650 neue Stellen im*
99 *Bundesamt für Migration.*
- 100 • *Wer mit einem humanitären Aufenthaltstitel bereits länger als 18 Monate in*
101 *Deutschland lebt oder Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung*
102 *ist, dem steht bei Bedürftigkeit zukünftig Grundsicherung oder Sozialhilfe*
103 *zu. Für alle AsylbewerberInnen gibt es nach 15 Monaten Leistungen*
104 *entsprechend des SGB XII. Da der Bund diese Kosten übernimmt, werden*
105 *die Länder und Kommunen 2015 voraussichtlich um 31 Millionen Euro und*
106 *im Jahr 2016 um 43 Millionen Euro finanziell entlastet.*

107

108

109 **Die SPD Duisburg**

- 110
- 111 > hält es für eine Selbstverständlichkeit, Schutz suchende Menschen in Duisburg
112 aufzunehmen und ihnen zu helfen.
- 113
- 114 > dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen,
115 Verbänden, Kirchen und Initiativen, die Flüchtlinge und Asylbewerber durch ihre
116 Hilfsbereitschaft und ihr großes Engagement unterstützen.
- 117
- 118 > befürwortet ein breites Bündnis für eine umfassende Willkommenskultur und
119 setzt sich für eine entsprechende Verankerung in den Stadtteilen und Quartieren
120 ein.
- 121
- 122 > bekennt sich zur wehrhaften Demokratie. Rassistisch motivierte Angriffe und
123 Hetze gegenüber Betroffenen, Helfern und demokratischen Mandatsträgern
124 müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.
- 125
- 126 > fordert weitere finanzielle Hilfen. Die Folgen internationaler Konflikte und
127 Notsituationen in anderen Ländern stellen eine gesamtgesellschaftliche
128 Herausforderung für die gesamte Bundesrepublik Deutschland dar, die in einer
129 Verantwortungsgemeinschaft getragen werden müssen:
- 130
- 131 • Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe muss mindestens die
132 Finanzierung für die Zuwanderung und Integration von Schutz Suchenden
133 vollständig vom Bund übernommen werden.
- 134 • Das Land wird bis dahin in seiner Zuständigkeit aufgefordert, die
135 Kommunen – wie auch in anderen Bundesländern üblich – vollständig von
136 den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen zu entlasten.
- 137

138 ➤ fordert eine bessere Koordinierung der Flüchtlingsaufnahme zwischen den
139 Staaten der EU und eine faire Verteilung der Flüchtlinge.
140

141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183

184 Angenommen:
185 Abgelehnt:
186 Überwiesen an:



SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	SPD-Bezirksverband Rheinhausen
ADRESSAT	SPD Landesvorstand, SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesvorstand
BETREFF	Gesetz zur Neuregelung der Gewerbesteuer & Einführung einer kommunalen Infrastrukturabgabe

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2 **1. Die Gewerbesteuer ist zu reformieren**

3 **2. Dabei sollen die Lasten der Gemeinden die durch Niederlassungen erzeugt**
4 **werden, Konjunktur unabhängig den Niederlassungen auferlegt werden**
5 **(kommunale Infrastrukturabgabe).**

6 **3. Der Zerlegungsmaßstab ist zu reformieren, sodass keine planerische**
7 **Verlagerungen auf andere Städte ermöglicht werden, und die Verteilung**
8 **nicht der Summen der Löhne sondern der Anzahl an Mitarbeitern folgt.**

9

10 **Begründung:**

11

12 Probleme der Gewerbesteuer

13 Die existierende Gewerbesteuer hat folgende Schwachstellen:

14 1. Es gibt lokale Verschiebungen von Aufwand und Ertrag, so dass eine Stadt
15 einen großen Teil der Infrastrukturkosten trägt, eine andere Stadt aber mit dem
16 Verwaltungssitz große Teile der Gewerbesteuer vereinnahmt.

17 2. Die Gewerbesteuer ist, obwohl die Infrastrukturkosten stetig sind,
18 konjunkturabhängig

19 3. Die jetzige Gewerbesteuer führt zu einer Schuldenspirale für die armen Städte, da
20 diese, um die Kosten tragen zu können, die Gewerbesteuer anheben müssen und
21 damit zukünftig weitere Firmen verlieren.

22 4. Einige Firmen tragen in Deutschland nicht einmal ansatzweise die Kosten die
23 sie verursachen (siehe Amazon; Starbucks etc.)

24 **Gegenüberstellung einiger Gewerbesteuer-Hebesätze:**
 25 **2014**

26
 27

Noderfriedrichskoog

Einwohner	46
Fläche	5,31 km ²
Grundsteuer	0,01 Mio. EUR
Gewerbesteuerhebesatz 2012	200 v. H.
Gewerbesteuer Einnahme 2014	18,27 Mio. EUR
Gewerbesteuer in Mio./Hebesatz/Einwohner in Mio.	19.858,6957 Messzahl

28
 29

Düsseldorf

Einwohner	598.686
Fläche	217,41 km ²
Grundsteuer	138,6 Mio. EUR
Gewerbesteuerhebesatz 2012	440 v. H.
Gewerbesteuer Einnahme 2014	874,3 Mio. EUR
Gewerbesteuer in Mio./Hebesatz/Einwohner in Mio.	3,31901106 Messzahl

30
 31

Oberhausen

Einwohner	209.097
Fläche	77,1 km ²
Grundsteuer	39,27 Mio. EUR
Gewerbesteuerhebesatz 2012	520 v. H.
Gewerbesteuer Einnahme 2014	103 Mio. EUR
Gewerbesteuer in Mio./Hebesatz/Einwohner in Mio.	0,94729682 Messzahl

32
 33

Duisburg

Einwohner	486.855
Fläche	232,8 km ²
Grundsteuer	108 Mio. EUR
Gewerbesteuerhebesatz 2012	490 v. H.
Gewerbesteuer Einnahme 2014	195 Mio. EUR
Gewerbesteuer in Mio./Hebesatz/Einwohner in Mio.	0,81740802 Messzahl
Gewerbesteuereinnahmen bei Messzahl wie Nordfriedrichskoog	4,74 Billionen Euro (Gesamtsteueraufkommen Deutschland: 0,619711 Billionen €)
Gewerbesteuereinnahmen bei Messzahl wie Düsseldorf	791,78 Mio. EUR

34

35 **Lösung und Ziel des Antrages**

36
37 **1. Einführung einer Umsatz- und Einkommensunabhängigen kommunalen**
38 **Infrastrukturabgabe**

39
40 Hierbei sollen z.B. besteuert werden:

- 41 1. LKW- Verkehr (Anlieferung/Auslieferung) z.B. 2 €
42 2. Arbeitertage (Mitarbeiter x gearbeitete Tage) z.B. 1 € pro Mitarbeiter/Arbeitstag
43 3. Verkaufsvorgänge (Kundengeschäfte) z.B. 0,10 € pro Kunde/Bon
44 4. Pakettiefierungen (pro ausgeliefertes Paket) z.B. 0,10 € pro ausgeliefertes Paket

45
46 Durch die kommunale Infrastrukturabgabe sollen die kommunalen Aufwendungen für
47 Infrastruktur (Nahverkehr, Straßen, Wege, Kanalisation etc.), die durch Niederlassungen
48 erzeugt werden, bezahlt werden. Dabei sollen lokale Geschäfte gegen den
49 Versandhandel nicht benachteiligt werden, sodass Pakete ebenfalls besteuert werden
50 sollen. Diese Besteuerung soll als Ausgleich für die konjunkturunabhängigen Erhaltungs-
51 und Betriebskosten für Infrastruktur, die durch die Gewerbe und Freiberufler genutzt
52 wird, dienen.

53
54 Die konkreten Besteuerungsbeträge sind von den Kommunen festzusetzen. Die
55 Steuerveranlagung & Steuererhebung wird durch die kommunale Verwaltung
56 sichergestellt.

57
58 **2. Reform der Gewerbesteuer**

59 Der Zerlegungsmaßstab wurde in der Vergangenheit oft durch „Gestaltungsmaßnahmen“
60 z.B. Outsourcing missbraucht. Diesem Missbrauch soll entgegengewirkt werden. Es
61 sollen daher für den Verteilungsmaßstab alle Mitarbeiter (Mitarbeiter/Tage)
62 berücksichtigt werden, die in der Niederlassung des Unternehmen tätig sind. Dies soll
63 unabhängig vom Einkommen der Mitarbeiter erfolgen, sondern allein an der Anzahl
64 gemessen werden. Der Manager eines Unternehmens (Lohn z.B. Rüdiger Grube -
65 Deutsche Bahn- 3,4 Million €) soll hinsichtlich der Verteilung der Gewerbesteuer nicht
66 den gleichen Stellenwert haben, wie 100 Lokführer (Lohn 34.000 €), sondern den wie
67 ein Lokführer. Bei Homeoffice ist der Standort dessen zu berücksichtigen

68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80 Angenommen:

81 Abgelehnt:

82 Überwiesen an:



SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	UBV
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion, SPD Landtagsfraktion
BETREFF	Kuppelgaskraftwerke vom nationalen Klimabeitrag ausnehmen

1 Der UB-Parteitag möge feststellen und beschließen:

2
3 Die Bundestagsfraktion und die NRW-Landtagsfraktion der SPD mögen darauf
4 hinwirken, dass Kuppelgaskraftwerke der Stahlindustrie nicht in den Anwendungsbereich
5 einer Regelung zu einer nationalen Klimabeitragspflicht einbezogen werden.

6
7 **Begründung:**

8
9 Nordrhein-Westfalen ist der führende Energie- und Industriestandort in Deutschland. Der
10 hier erzeugte Strom deckt 30 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs. Drei der
11 fünf größten Stromversorger haben ihren Sitz in unserem Bundesland. NRW ist zugleich
12 Heimat zahlreicher energieintensiver Unternehmen und größter Kraftwerksstandort sowie
13 Innovationsschmiede für Produkte und Prozesse der Energieindustrie. Rund 240.000
14 Arbeitsplätze hängen von der Energiewirtschaft ab, davon über 200.000 in
15 energieintensiven Industriebranchen.

16
17 Duisburg gilt als wichtigster Standort der Stahlindustrie in Europa. Mit ThyssenKrupp
18 Steel,
19 Hüttenwerke Krupp Mannesmann und Arcelor Mittal Steel gibt es vor Ort drei
20 Unternehmen, die die Stadt zum Zentrum der Stahlproduktion machen und die in den
21 letzten Jahren erheblich investiert haben. Die Stahlbranche gibt rund 18000 Menschen in
22 Duisburg Arbeit. Verlässliche Rahmenbedingungen zur Sicherung der Arbeitsplätze sind
23 unverzichtbar.

24
25 Zurzeit wird im Bundestag und mit den Ländern das Eckpunkte-Papier „Strommarkt“ des
26 Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie diskutiert, in dem für Kraftwerke oberhalb
27 einer Freigrenze eine nationale Abgabepflicht von CO₂-Emissionsrechten vorgeschlagen
28 wird. Das Ziel ist eine zusätzliche Reduzierung der Emissionen um 22 Millionen Tonnen
29 CO₂. Bis 2020 soll 40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 erreicht
30 werden.

31
32 Die gegenwärtige energiepolitische Diskussion ist mit der Sorge verbunden, dass es zur
33 Stilllegung erheblicher Kraftwerkskapazitäten kommen könnte und somit Arbeitsplätze in
34 Gefahr sind.

35
36 Bei den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann (HKM) im Duisburger Süden beispielsweise
37 dient ein Kraftwerk zur Eigenstromerzeugung auf Basis der bei der Eisen- und
38 Stahlproduktion unvermeidlich anfallenden Kuppelgase. Die unter dem Begriff Kuppelgas
39 zusammengefassten Hochofengas- und die Koksofengasmengen werden dabei in die
40 beiden Kraftwerksblöcke eingespeist. Gerade die energetische Nutzung dieser Gase

41 leistet einen Beitrag zu Klimaschutz, da sie den Einsatz von Primärbrennstoffen spart
42 und den Aspekten der Energieeffizienz und Ressourcenschonung entspricht. Mit dem
43 Betrieb des Kraftwerks hat HKM den Status eines Eigenstromerzeugers im
44 Zusammenhang mit dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Sollte durch eine
45 Gesetzesänderung dieser Status entfallen, da die Kuppelgaskraftwerke die
46 vorgeschlagenen Freigrenzen überschreiten, wäre dies eine erhebliche Belastung für das
47 Unternehmen und würde jeden Arbeitsplatz verteuern und somit gefährden. Die Branche
48 prognostiziert insgesamt zusätzliche Kosten von über 170 Millionen Euro im Jahr.

49
50 Eine zusätzliche nationale Klimaabgabe neben dem bestehenden europäischen
51 Emissionsrechtehandelssystem würde zudem zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber
52 internationalen Wettbewerbern führen. Sie hätte erhebliche Auswirkungen auf die
53 stromintensiven Prozesse der Stahlindustrie. Ebenso wären mögliche
54 Strompreissteigerungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Belastung
55 der Kraftwerke denkbar. Hingegen sieht die europäische Emissionshandelsrichtlinie für
56 die Stromerzeugung aus Kuppelgasen eine kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten vor.
57 Eine nationale Abgabepflicht würde daher im Widerspruch zu dieser Regelung stehen.

58
59 Fazit:

60
61 Die Klimaschutzziele und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sind sinnvoll und richtig.
62 Zugleich muss bei der Energiewende und der notwendigen Modernisierung der
63 Kraftwerke eine umweltgerechte, sichere und bezahlbare Energieversorgung
64 gewährleistet werden.

65
66 Einseitige Belastungen von energieintensiven Industriebranchen und die Gefährdung
67 mehrerer tausend Arbeitsplätze müssen vermieden werden. Es darf zu keinem
68 „Strukturbruch“ in der Energieindustrie kommen, sondern der erforderliche Umbau muss
69 vernünftig, schrittweise und unter Berücksichtigung der Belange der in dieser Branche
70 arbeitenden Menschen vollzogen werden. Die Kuppelgaskraftwerke der Stahlindustrie,
71 die der CO₂-neutralen Form der Stromerzeugung dienen, sollten vollständig vom
72 Anwendungsbereich einer Regelung zu einer nationalen Klimabeitragspflicht
73 ausgenommen werden. Als Brücke bei dem Übergang zu den erneuerbaren Energien
74 können eine verbesserte Energieeffizienz und moderne Kohle- und Gaskraftwerke mit
75 hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung dienen.

76
77 Eine gute Energiepolitik muss weiterhin gleichrangig eine zuverlässige, bezahlbare und
78 klimagerechte Energieversorgung gewährleisten und dabei die industrielle Basis unseres
79 Wohlstandes und die Arbeitsplätze dieser Branche sichern.

80

81

82

83

84

85

86

87

88 Angenommen:

89 Abgelehnt:

90 Überwiesen an:



SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	SPD-Bezirksverband Rheinhausen
ADRESSAT	SPD Landesvorstand, SPD Landtagsfraktion SPD Bundesvorstand, SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung

1 Der UB-Parteitag möge feststellen und beschließen:

2

3 Die Kassenärztliche Vereinigung mit ihren Ländervertretungen hat sich zu einem
4 Verwaltungsapparat entwickelt, welcher die grundsätzliche ärztliche Versorgung
5 behindert. Sei es der Streit um die Honorare, sei es der um die Gebührenordnung, die
6 KV versucht auf Kosten der Patienten ihre Pfründe zu sichern.

7 Ziel muss es sein, ein neues Abrechnungssystem zu etablieren, welches eine direkte
8 Honorarverrechnung zwischen Arzt und Krankenkasse bereitstellt.

9 **Begründung:**

10

11 Die Abrechnungen der Privatpatienten direkt mit den Krankenversicherungen zeigen,
12 dass in Deutschland bereits ein funktionierendes System neben der KV besteht. Diese
13 Honorarverrechnung führt zu geringeren Kosten, weniger Bürokratie und mehr Effizienz
14 im Gesundheitswesen.

15 Ungleichgewichte im Gesundheitswesen, wie z.B. keine oder zu wenig Kinderärzte in
16 sozial schwachen Ortsteilen bzw. lange Wartezeiten für einen Facharzttermin könnten
17 mit der Verbesserung des Abrechnungsmodus beseitigt werden. Besonders negativ kam
18 die KV in die Schlagzeilen, nachdem Planungen bekannt wurden, die Anzahl der
19 Notfallpraxen in NRW stark zu reduzieren. Als Reaktion hat sich ein breiter Widerstand
20 gebildet, dem sich auch die Ärzteschaft angeschlossen hat. Jetzt hat die KV erst einmal
21 diese „Reform“ auf Eis gelegt, doch die Planungen sind nicht beerdigt, es soll nur einen
22 Aufschub bis 2017 geben.

23 In der EU leistet sich nur Deutschland solch ein Verwaltungsmonster wie die KV, um die
24 ärztliche Versorgung zu reglementieren. Unsere europäischen Nachbarn zeigen, dass es
25 auch anders geht.

26

27

28

29

30

31

32

33

34 Angenommen:

35 Abgelehnt:

36 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 29.05.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	SPD-Bezirksverband Rheinhausen
ADRESSAT	SPD Bundesvorstand, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag, <i>SPE Fraktion EP</i>
BETREFF	Die Entscheidungsprozesse zu den Handelsabkommen TTIP – TiSA – CETA transparent und demokratisch gestalten

1 Der UB-Parteitag möge feststellen und beschließen:

2
3 Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden beauftragt,
4 die Entscheidungs-Prozesse zu den Handelsabkommen
5 - TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)
6 - TiSA (Trade in Services Agreement)
7 - CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement)
8 transparent und demokratisch zu gestalten.

9
10 Das heißt, sobald die Abkommen im Ergebnis vorliegen, müssen sie im vollen Wortlaut
11 offengelegt und eine angemessene Zeit eingeräumt werden, um diese Abkommen in
12 Partei und Öffentlichkeit zu diskutieren. Erst dann dürfen sie im Deutschen Bundestag
13 zur Abstimmung vorliegen.

14 15 16 **Begründung:**

17
18 Die Verträge zu diesen Abkommen werden geheim verhandelt. Sollten diese Verträge,
19 wie sie in der derzeitigen Form vorliegen verabschiedet und beschlossen werden, ohne
20 das darüber eine Diskussion bzw. Kritik stattfindet, gibt es faktisch keine Möglichkeit
21 mehr, in die vereinbarten Prozesse einzugreifen, geschweige denn politisch gegen
22 diese Vereinbarungen zu votieren.

23
24 Dadurch würde die Demokratie ausgehebelt.

25
26
27
28
29 Weitere Ausführungen ggf. mündlich.

30
31
32
33
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an: